

Personalkarussell dreht sich für die Deponie-Gesellschaft

Wie lange bleibt das Bürgerbüro Münchehagen bestehen?

Münchehagen/Hannover (re). Das Kabinett der SPD-geführten Landesregierung hatte das Niedersächsische Umweltministerium im Juni beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Gründung einer privatrechtlich organisierten Gesellschaft unter Aufsicht des Landes zu gründen, um die Sicherungsarbeiten auf der stillgelegten Sondermülldeponie in Münchehagen so rasch wie möglich auszuführen. Diese Landesgesellschaft sollte in den nächsten Wochen installiert werden und die Arbeit Ende des Jahres aufnehmen. Die vom Kabinett beschlossene und von Landtags-CDU und -Grüne sowie von Deponie-Arainern heftig kritisierte Langzeitsicherung will das Umweltministerium bis Ende 2003 abgeschlossen haben: Abdeckung, seitliche Umschließung und Überwachung.

Während sich die Gegner der Langzeitsicherung auf eine gemeinsame Erklärung und vor allem auf die rechtliche Seite des Kabinettsentscheidung vorbereiten, hat sich das Personalkarussell zur Besetzung der Landesgesellschaft in Bewegung gesetzt: Der leitende Ministerialrat Klaus Eggerking, Referatsleiter im

Umweltministerium, ist nach Angaben aus Hannover als Geschäftsführer besagter Betriebsgesellschaft im Gespräch. Eggerking ist derzeit noch beauftragt mit der Führung der Abteilung für Immissionsschutz, Kreislaufwirtschaft und Abfall. Er hat es abgelehnt, die Leitung der Abteilung nach dem Wechsel des Amtsinhabers, Peter Müller-Gundermann, in die Staatskanzlei zu übernehmen. Eggerking hatte dem Münchehagen-Vermittlungsausschuß am 20. Juni in der Loccumer Akademie deutlich gemacht, daß an dem Kabinettsbeschluß nicht mehr zu rütteln sei.

BUND Petershagen, Bürgerinitiativen, Heinrich Bredemeier vom Bürgerbüro Münchehagen und andere Verfahrensbeteiligte rechnen mit einer Auflösung dieses Büros. Dieses wurde im Rahmen des Vermittlungsverfahrens (Mediation) als Vertretung der breiten Öffentlichkeit eingerichtet. Müller-Gundermann hatte noch im März 1995 öffentlich erklärt, das Büro sei wichtig und werde nicht aufgelöst. Ähnlich äußerte sich die Umweltministerin in Darlaten (DIE HARKE berichtete).